



Niederschrift

57. Plenarsitzung des Gemeinderates
21. November 2023, 9:00 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 1 der Tagesordnung: Tagesordnungspunkt Einzelberatung des Haushaltsplans für die Haushaltsjahre 2024/2025 einschließlich der Behandlung der Anträge und Anfragen des Gemeinderats sowie der Einwendungen von Einwohnerinnen, Einwohnern und Abgabepflichtigen zum Haushaltsentwurf

Antrag 1.13 (Seite 41): Gutachtenkosten reduzieren (SPD)
Vorlage: DHH/2023/1101

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (24 JA, 20 Nein)

Der Vorsitzende: Wir kommen damit auf die Seite 41 unter dem Teilhaushalt 1100 Personal und Organisation. Ein Antrag der SPD: Gutachten Kosten reduzieren.

Stadtrat Zeh (SPD): In unserer Anfrage vom 19. September 2023, TOP 29, sieht man, die Stadt verbraucht mehr wie 2,5 Millionen Euro an Gutachtenkosten. Es ist etwas schwierig. Wir wollten eigentlich das Hotelgutachten streichen. Das haben wir hier nicht gefunden. In der BNN steht drin, es kommt doch 2024. Bei dem Punkt sind unter dem ersten Punkt jeweils 50.000 Euro je Haushaltsjahr für externe organisatorische Untersuchung beim Personal zusammen vorgesehen. Hier steht jetzt die Antwort der Verwaltung. Sie wollen gar keine durchführen. Das ist natürlich dann der erste Punkt, dass wir 50.000 Euro je Haushaltsjahr für die Gutachten bei Personal und Organisation, was vorgesehen ist, für diese externen Gutachten streichen können. Das beantragen wir hiermit.

Der Vorsitzende: Ich möchte darauf hinweisen, dass hier nicht behauptet wird, wir würden dort keine Gutachten erstellen, sondern dass wir nur darauf hinweisen, dass wir in den letzten Jahren dort keine erstellt hatten. Das ist mir nur noch mal wichtig.

Stadträtin Wolf (GRÜNE): Dieser Antrag wird uns im Laufe der nächsten Tage öfter begegnen. Ich werde jetzt aber nur einmal dazu sprechen. Ich muss sagen, dass wir dem nicht zustimmen werden. Auf der einen Seite sind ganz viele Gutachten, die wir erstellen lassen, gerade auch später im Bereich HGW, einfach Pflichtaufgaben. Da können wir nicht streichen. Und bei den freiwilligen Gutachten geht es darum, dass wir fundierte

Entscheidungen treffen können und eben nicht auf unser Bauchgefühl hören. Das sind aus unserer Sicht oft auch wichtige Gutachten. Wir werden hier nicht zustimmen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der Antrag der SPD-Fraktion kommt genau in unsere Richtung. Ich glaube, die Verwaltung braucht wieder mehr Mut, eigene Entscheidungen zu treffen. Wir haben eine hohe Expertise - das muss man auch einmal lobend sagen -, die wir einfach viel zu wenig nutzen, der wir auch was zutrauen müssen. Wir müssen wieder selber beurteilen, entwerfen, konstruieren und bauen. Wir müssen die Angst ablegen, dass Entscheidungen immer durch mehrere Dritte begutachtet werden müssen. Ein restriktiver Umgang mit Gutachteraufträgen wird von uns in aller Form unterstützt. Allerdings brauchen wir auch eine gewisse Fehlerkultur. Fehler sind nämlich manchmal dazu da, dass man sie macht. Und das muss auch der Gemeinderat dann akzeptieren, dass nicht immer alles so läuft, wie man sich das idealiter vorstellt. Ich kann wenig für das Argument gewinnen, dass wir pflichtgemäß Gutachten erstellen müssen. Ich spreche hier auch für alle anderen Anträge, die die SPD in dieser Richtung gestellt hat.

Stadtrat Wenzel (FWJFÜR): Wir freuen uns über den Antrag, denn in der Vergangenheit hatten wir ähnliche Anträge, die hier nie durchgekommen sind. Selbstverständlich sind Pflichtgutachten notwendig, an denen werden wir nicht vorbeikommen. Aber die Gutachteritis, so haben wir es damals genannt, hat überhandgenommen. Und deshalb werden wir in allen Punkten, wo dieser Tagesordnungspunkt aufgerufen wird, die SPD im eigenen Interesse unterstützen.

Der Vorsitzende: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass es doch eine gewisse Übereinstimmung aller Wortbeiträge gab, dass wir gewisse Pflichtgutachten machen müssen, die wir nicht selbst erstellen können. Wir werden diesen Punkt jetzt an mehreren Teilhaushalten wieder aufrufen, und die SPD möge dann entscheiden, ob sie sie jeweils wieder zur Abstimmung stellen oder nicht. Hier geht es jetzt erst einmal nur um den Teilhaushalt Personal und Organisation, und ich stelle jetzt den Antrag der SPD, 50.000 Euro, zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. Das ist eine **Annahme**. Damit sind die die **Beiträge dort gestrichen**.